

GÖTTINGER BLÄTTER

06.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Der 1. Mai schlug Wellen: Andretta ausgesperrt?

Diese Wellen schlugen allerdings wohl nur im Wasserglas der SPD. Was war passiert? Nach der peinlichen Situation von 2013, als sich Herr Oppermann plötzlich an der Spitze des Mai-Umzuges befand, hatte der DGB-Kreisvorstand beschlossen, dass 2014 nur örtliche Gewerkschafter vorn gehen sollen.

So weit, so gut: Frau Andretta, die in guter SPD-Manier spontan nach dem Führungstransparent griff, wurde mit Hinweis auf diesen Beschluss gebeten, sich doch weiter hinten einzureihen. Und das war der Angriff auf den König!

So kritisierten die Jusos in einer Presseerklärung genau diesen Beschluss: „Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiter*innenbewegung, aus der die SPD, wie einige andere Parteien, genauso hervorgegangen ist wie die Gewerkschaften.“

Gut gebrüllt, Löwe, aber wo war denn dieser Teil der Arbeiterbewegung bei dem Beschluss zur Agenda 2010 und zu den Hartz IV „Reformen“? Auf der Seite der Beschließenden oder auf der Seite der Protestierenden? Oder konkreter: Wo

waren und sind die harschen Proteste von Frau Andretta zu diesen Beschlüssen?

Dr. Eckard Fascher fasste die Meinung der Göttinger Linken dazu wie folgt zusammen: „Mal abgesehen davon, dass die SPD als Partei des Sozialabbaus unglaublich als Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen geworden ist, ist es äußerst dreist, die 1. Mai-Demonstration für eine politische Partei vereinnahmen zu wollen. (...)

Auch für die anderen zahlreichen Politiker und Politikerinnen der LINKEN bis hin zu Spitzenpolitiker(innen), wird dies als Selbstverständlichkeit angesehen. An die Spitze einer 1. Mai-Demonstration gehören aktive Gewerkschafter und deren Transparente“.

Ein paar ganz wirre Zeitgenossen, die offenbar gar nichts verstanden hatten, stellten dann im Nachklapp auch noch einen der Sprecher der Partei Die Linke., Jo Bons, der Mitglied des Kreisvorstandes des DGB-Göttingen ist, mit Oppermann und Andretta in eine Reihe – kein Wunder, dass das GT dies gern aufgriff.

Kurz und gut: Frau Andretta soll dann – wahrscheinlich zur Strafe für diese Unglaublichkeit – gar nicht mehr bei der

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

SPD: Nix mit erste Reihe!	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
DIE LINKE. Europa	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Ambulante Pflege	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2014
ist der 20. Juni.
Auslieferung am 26. Juni.

Demonstration mitgegangen sein. Mein Kommentar: Wer sich – als Abgeordnete – zu schade ist, in der zweiten Reihe zu gehen, den sollte mensch schon gar nicht in der ersten Reihe nicht mitlaufen lassen. (gusi)

Basketball-Sponsor spart bei den Löhnen seiner Beschäftigten

Die Uniklinik hat die Essensversorgung in die UMG Gastro GmbH ausgelagert um Lohnzahlungen zu sparen. Diese UMG Gastro spart zwar an Lohnkosten, verschenkt aber andererseits Geld an die Sportfirma „Pro Basketball Göttingen GmbH“. Die Beschäftigten stellten sich bei der Kundgebung am 1. Mai mit einem entsprechenden Transparent auf den Marktplatz. (Foto links)

1. Mai 2014



Mit freundlicher Genehmigung „goest“, dem Göttinger Stadtinfo entnommen



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Faschistische Terrorwelle in der Ukraine:

► Lage für Antifaschisten immer gefährlicher

In den letzten Wochen wurden Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstands sowie Symbole der sozialistischen und Arbeiterbewegung in der Ukraine zerstört. Abgeordnete der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) wurden im Parlament tätlich angegriffen. Linke Zentren, Parteibüros der KPU, aber auch Synagogen wurden von Faschisten bedroht und angegriffen. Die Parteizentrale der KPU in Kiew beispielsweise wurde wochenlang von der Nazi-Gruppe „Rechter Sektor“ besetzt und dann – nachdem ein Gericht die Illegalität der Besetzung feststellte – von eben diesen Nazis zerstört und in Brand gesetzt. Die ganze Dimension der Grausamkeiten der faschistischen Bewegung in der Ukraine zeigte sich am 2. Mai, als ein antifaschistisches Protestcamp und das Gewerkschaftshaus in Odessa angegriffen und in Brand gesetzt wurden. Allein im Gewerkschaftshaus kamen nach offiziellen Angaben (die inoffiziellen liegen wesentlich höher) über

40 Menschen um. Flüchtende Menschen, die aus dem brennenden Gebäude sprangen, wurden regelrecht gelyncht. Ein Vertreter der kommunistischen Gruppe Borotka, Sergej Kirichuk, berichtete am 8. Mai in einem Interview der Tageszeitung junge Welt: „In Odessa ist z.B. einer unserer Genossen [am 2. Mai] ermordet worden. Er war aus dem dritten Stock des brennenden Gewerkschaftshauses gesprungen; als er mit zerschmetterten Gliedern auf dem Pflaster lag, schlugen ihn die Faschisten mit Baseballschlägern tot. [...] Ein anderer Genosse wurde in den Kopf geschossen, er schwebt in Lebensgefahr; wir fürchten, dass er es nicht übersteht.“

Der Terror nimmt nicht ab. In Kiew ist am 16. Mai ein Mordanschlag auf den Generalsekretär der KPU, Petro Simonenko, verübt worden. Der Politiker hatte an einer Fernsehdiskussion teilgenommen, in deren Verlauf er seinen Rückzug von der Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl

am 25. Mai erklärte. Als Simonenko mit seinen Begleitern das Fernsehstudio verlassen wollte, fanden sie den Ausgang durch Faschisten blockiert. Daher verließen er und seine Begleiter das Haus durch einen Hinterausgang und fuhren mit ihren PKW davon. Die Faschisten begannen nun eine Verfolgungsjagd. „Sie blockierten mit ihren Fahrzeugen mehrere Straßen und konnten uns schließlich aufhalten, wir konnten nicht fliehen. Die Aktivisten der extremen Rechten, die uns in der Melnikow-Straße erwischt hatten, begannen, das Auto zu zerstören und warfen Molotow-Cocktails auf uns. Ich saß auf dem Rücksitz, als ein Brandsatz das Auto traf. Wir sprangen sofort aus den Fenstern und konnten so entkommen“, berichtete der KPU-Chef später auf der Homepage seiner Partei.

All das zeigt, wie wichtig jetzt Solidarität ist. Wir schließen uns als VVN-BdA Göttingen einem bundesweiten **Aufruf der Roten Hilfe** an, der zu Spenden für die verfolgten Antifaschisten in der Ukraine aufruft:

**Rote Hilfe e.V., Konto 56036239
BLZ 260 500 01, Sparkasse Göttingen
Stichwort: Antifa Ukraine
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE**

► Gedenken am 8. Mai

Die diesjährige 8. Mai-Kundgebung fand leider bei Regenwetter statt, was aber die über 60 Teilnehmer nicht vom Gedenken abhielt. Unter einer nahegelegenen Straßenüberführung vor dem Regen geschützt lauschten die Teilnehmer den Redebeiträgen. Jan Steyer von der VVN-BdA sprach über die grundsätzliche Bedeutung des 8. Mai und die Opfer, die insb. die sowjetische Bevölkerung unter dem deutschen Faschismus erlitten hatte. Diakoniepastor Thomas Harms sprach über das regimetreue Verhalten der Kirchen im Nationalsozialismus, das auch heute noch nicht voll aufgearbeitet sei. Lea Sorina von der Jüdischen Gemeinde, die selbst als Kind die Leningrader Blockade durchgemacht hatte, berichtete als

Zeitzeugin über das Leiden, aber auch den Durchhaltewillen der Leningrader. Line von der SDAJ hielt einen Redebeitrag, in dem sie zum Widerstand gegen faschistische Bewegungen sowie zur Solidarität mit den bedrängten antifaschistischen Kräften in der Ukraine aufrief. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde gemeinsam das antifaschistische Lied „Die Moorsoldaten“ gesungen. Gebinde am Mahnmal wurden dieses Jahr vom ver.di Ortsverein, von der Wählervereinigung Göttinger Linke, von der DKP sowie der VVN-BdA niedergelegt. Bemerkenswert ist, dass die Teilnehmerzahl in den letzten Jahren stetig angewachsen ist und auch viele jüngere Menschen am Gedenken teilnehmen.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 03. Juni und 01. Juli 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

▶ Washington stellt sich unwissend

Nach Verhaftung von US-Terroristen in Kuba sickern immer mehr Informationen durch.

Nach der Festnahme von vier mutmaßlichen Terroristen aus den USA in Kuba, die Havanna in der vergangenen Woche offiziell gemeldet hatte, bemühen sich beide Seiten offenbar um Zusammenarbeit. Wie die spanische Nachrichtenagentur EFE am Sonnabend meldete, haben sich bereits am vergangenen Donnerstag Beamte des kubanischen Außenministeriums und der US-Interessenvertretung (SINA) in der kubanischen Hauptstadt getroffen. Die Kubaner hätten dabei einige Informationen und Schriftsätze übergeben, die »wir jetzt überprüfen«, hieß es in einer kurzen Mitteilung der SINA.

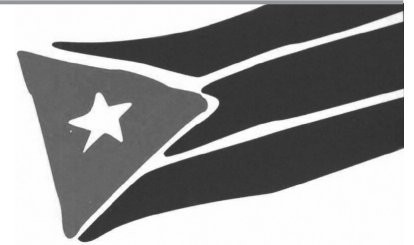
Offiziell verweigerte Washington allerdings auch am Wochenende weiter jede Stellungnahme. Einen Tag vor dem Treffen in Havanna hatte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Jen Psaki, auf ihrer täglichen Pressekonferenz erklärt, »keinerlei Informationen über die Verhafteten« zu besitzen, und behauptet, daß die kubanische Regierung noch keinen Kontakt mit den USA aufgenommen habe. Demgegenüber hatte das kubanische Innenministerium bereits am 6. Mai angekündigt, umgehend mit den US-Behörden in Verbindung zu treten, um zu verhindern, »dass Aktionen terroristischer Elemente und Organisationen mit Basis in den USA das Leben und die Sicherheit von Menschen beider Nationen gefährden«. Auf Nachfrage von Journalisten konnte Psaki elf Tage nach deren Festnahme keine Auskunft darüber erteilen, ob die des Terrorismus beschuldigten Exilkubaner Staatsbürger der USA seien oder dort nur ihre Wohnsitze haben.

Havanna hatte am vergangenen Dienstag die Verhaftung von José Ortega Amador, Obdulio Rodríguez González, Raibel Pacheco Santos und Félix Monzón Álvarez mitgeteilt (jW berichtete). Nach Angaben der Ermittler haben die vier Verhafteten zugegeben, daß sie militärische Einrichtungen auf Kuba angreifen und Soldaten ermorden wollten, um gewalt-

same Reaktionen zu provozieren. Die Anschlagpläne und ihre Reisen seien von den in Miami lebenden antikommunistischen Aktivisten Santiago Álvarez Fernández Magriñá, Osvaldo Mitat und Manuel Alzugaray organisiert worden, die enge Kontakte zu dem dort frei herumlaufenden Terroristen Luis Posada Carriles unterhielten.

Die wegen illegalen Waffen- und Sprengstoffbesitzes in den USA verurteilten Santiago Álvarez und Osvaldo Mitat wie auch der militante Invasionsbefürworter Manuel Alzugaray behaupteten daraufhin gegenüber der in Miami erscheinenden Tageszeitung Nuevo Herald, sie hätten die Namen der Inhaftierten noch nie gehört. Am Donnerstag meldete sich auch Arturo Hernández, der Anwalt des ehemaligen CIA-Agenten Luis Posada Carriles, zu Wort und betonte, sein Mandant habe mit der Aktion »nicht das Geringste« zu tun.

Während Contras und US-Behörden sich noch ahnungslos gaben, haben Journalisten in den USA und Kuba Informationen über die dingfest gemachten und geständigen Terroristen recherchiert. Danach hat der 31jährige Raibel Pacheco Santos Ende 2009 in Florida ein paramilitärisches Unternehmen mit dem Namen »Fuerza Cubana de Liberacion Inc., F.C.L.« (Kubanische Befreiungsmacht)



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



registrieren lassen, dessen Zweck es sei, »das kubanische Volk bei der Rückeroberung seiner Demokratie und seiner Freiheiten« zu unterstützen. Wie das Portal Cubadebate berichtete, erklärte Pacheco damals: »Diese Organisation ist auf Wunsch von bewaffneten Kräften und Mitgliedern anderer Organisationen (...) gegründet worden, die sich in Kuba befinden. Einziges Ziel der F.C.L. ist der Sturz des Regimes.« Auch der ebenfalls verhaftete Obdulio Rodríguez González ist kein unbeschriebenes Blatt. Er war laut der in Miami erscheinenden Tageszeitung Diario Las Americas vor einigen Jahren vor einem Gericht in Miami-Dade County wegen Diebstahls und häuslicher Gewalt angeklagt. Weiter machte Cubadebate auf die Namensgleichheit des seit Jahren auf Versammlungen radikaler Contra-Gruppen beobachteten Félix Monzón Álvarez mit dem mittlerweile verstorbenen Chef der von der US-Administration finanzierten Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung (FNCA), Monzón Plasencia, aufmerksam. Der wohlhabende Geschäftsmann aus New Jersey hatte gemeinsam mit Luis Posada Carriles 1997 unter anderem eine Anschlagserie gegen touristische Einrichtungen in Kuba organisiert und finanziert, bei der der italienische Tourist Fabio di Celmo getötet wurde. Auch Monzón Plasencia war trotz erdrückender Beweise von den US-Behörden nicht für seine terroristischen Aktivitäten belangt worden.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Schluss mit dem MORDEN in der Ukraine!

Solidarität mit den verfolgten AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und KommunistInnen!

Angesichts der alarmierenden Nachrichten aus der Ukraine ruft der Vorsitzende der DKP Patrik Köbele zur Solidarität mit den Menschen auf, die sich gegen das Putsch-Regime in Kiew zur Wehr setzen. Sie wehren sich gegen Nationalisten und Faschisten, die mit Hilfe von NATO, US- und EU-Imperialismus an die Macht gekommen sind. Besonders wichtig ist es angesichts der unglaublichen Propaganda deutscher Medien über die wahren Ereignisse und Hintergründe aufzuklären.

Zur Wahrheit gehört, dass:

... in Odessa, im Süden des Landes, Antifaschisten und Demokraten auf ihrer Maidemonstration von Faschisten attackiert und schließlich ermordet wurden. Sie flohen vor den Angreifern in das Gewerkschaftshaus, das kurz darauf von den Rechten verschlossen und angezündet wurde. Das erinnert uns an die Brutalität des deutschen Faschismus. Gestürmte, zerstörte Gewerkschaftshäuser, das waren nach dem Verbot der KPD die nächsten Maßnahmen gegen die deutsche Arbeiterbewegung im Mai 1933.

... sich in der ostukrainischen Stadt Slowjansk unbewaffnete Männer und Frauen den Panzern und den von Faschisten durchgesetzten Truppen der „Natio-

nalgarde“ entgegen stellten. Sie kämpfen um ihre demokratischen und nationalen Rechte. Auch hier gab es mehrere Tote. Der Innenminister des Putschregimes hat den Sturm auf Slowjansk unter anderem damit begründet, dass unter den Bewohnern und Verteidigern der Stadt „viele Kommunisten“ seien. Das erinnert uns an die Todeslisten, mit denen 1933 SS- und SA-Truppen gegen kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre losschlugen. Schon damals wollten sie den „Marxismus und Bolschewismus ausrotten“.

In der Ukraine geht es jetzt um antifaschistischen Widerstand gegen ein Regime, an deren Spitze Faschisten und Nationalisten stehen. Sie stehen in der Tradition der mörderischen Wehrmacht, der SS und deren Hilfstruppen in der Ukraine, in Polen und dem Baltikum. Sie sind jedoch heute wie damals ebenfalls nur die Hilfstruppen der wirklich Mächtigen, des US- und des EU-Imperialismus. Diese haben die Putschisten seit Jahren mit Milliardenaufwand Euro und Dollar ausgerüstet und ausgebildet. Wie damals geht es um die Eroberung der Rohstoffe und Industriepotentiale der Ukraine für das deutsche und internationale Monopolkapital. Und es geht um die geopolitische Langzeitplanung des deutschen

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 10. Juni, 20.00 Uhr

Thema: Wahlauswertung der Europawahl vom 25. Mai 2014

Dienstag, 24. Juni, 20.00 Uhr

Themen: Lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Imperialismus und Großkapitals, die bis vor den 1. Weltkrieg zurückführt. Bereits in der vorsowjetischen Zeit waren die „Zerstückelung des russischen Kolosses“ und die Schaffung eines „großeuropäischen Wirtschaftsraum“ unter deutscher Führung Ziel des deutschen Imperialismus. Man muss kein „Putin-Freund“ sein, um zu verstehen, worum es in der Ukraine wirklich geht. EU und NATO wollen heran an die russischen Grenzen. Sie wollen Russland politisch und militärisch schwächen.

Wir rufen auf:

Zu einer antifaschistischen und antimilitaristischen Solidaritätsbewegung mit der Ukraine.

Zur Bildung von örtlichen Solidaritätsgruppen und zu deren Vernetzung, regional und bundesweit.

Zu kleinen und großen Aktionen der Solidarität und zu möglichst raschen und kontinuierlichen Protestaktionen in möglichst vielen Städten.

Wir fordern:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die Bundesregierung muss sich klar und deutlich von dem rechten Putsch-Regime in Kiew distanzieren!

EU und NATO Hände weg von der Ukraine!

NATO weg von den russischen Grenzen! Die Menschen in der Ukraine müssen die demokratischen und nationalen Rechte in freier Autonomie in die eigenen Hände nehmen können!



UZ-Pressfest
Das Volksfest der DKP
27.-29. Juni 2014
Revierpark Wischlingen
Dortmund

Mitfahrgelegenheit unter: goettingen@dkp-niedersachsen.de

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Jugendtreff Grone-Süd neu eröffnet



Und dies wurde in den diversen Reden auch ´rübergebracht. Vor allem verwiesen alle Beteiligten auf die nahezu unhaltbaren Zustände des vorherigen Gebäudes, das nach einhelliger Meinung mehr als abrisssreif war.

Interessant dabei ist natürlich die Frage, warum – wenn es denn abrisssreif war – tatsächlich erst jetzt abgerissen worden; der beklagte Zustand war bereits seit einigen Jahren für alle sichtbar? Die Erklärung hierfür ist so einfach wie bedenklich: Aus dem – ausgelaufenen – Projekt „Soziale Stadt“ standen – mehr oder minder – plötzlich noch entsprechende Gelder zur Verfügung. Und diese mussten (!) im Sanierungsgebiet angelegt werden. Toller Zufall und ein tolles Überraschungsgeschenk für die Groner Jugendlichen und die MitarbeiterInnen.

Am 21. März war es soweit: Der Jugendtreff Grone-Süd eröffnete nun auch offiziell im Neuen Gebäude. Nach knapp ½ Jahr Abriss, Neubau, Eigenleistungen und Einrichten wurden die „Offiziellen“ nun eingeladen, damit sie sich anschauen können, was aus den Geldern des Projektes Soziale Stadt geworden ist: Der Oberbürgermeister, die Ortsbürgermeisterin, etliche Verantwortliche aus dem Bau- und dem Jugendamt, Architekt,

Bauleute, „Benachbarte“ u.v.m. Dabei waren auch die Grobiane, die bei den Eigenleistungen heftigst mitgearbeitet hatten.

Wir können den Groner Jugendlichen, aber auch den dort arbeitenden KollegInnen nur gratulieren zu diesem Haus: Es ist – obzwar während der Planungsphase zweimal etwas kleiner geworden als zu Beginn projektiert – tatsächlich sehr schön und auch sehr zweckmäßig!



Bedenklich aber ist, dass diese Stadt ihre Einrichtungen nur noch mit derartigen Zufällen „in Schuss“ halten kann. Planmäßige Instandhaltung sozialer Einrichtungen ist nach dem Abschluss des sog. „Zukunftsvertrages“ kaum mehr möglich. Wäre da nicht der Zufall zu Hilfe gekommen, müssten Jugendliche und MitarbeiterInnen auch heute noch in den unhaltbaren Zuständen leben bzw. arbeiten.

Grobian, die diese Politik der Stadt immer wieder kritisiert, hatte aber trotzdem einen riesigen Arbeitseinsatz dort abgeliefert, indem sie an zwei Tagen im Februar den KollegInnen geholfen haben, sämtlich Wände zu streichen. Und die KollegInnen hatten sich dafür bedankt mit Speis´ und Trank!

Wir wünschen eine tolle Arbeit dort!

(gusi)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Nächste Versammlung im Juli

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 2. Juni, 19 Uhr im Roten Zentrum
Schwerpunkt: Wahlauswertung

OV Hann. Münden

Termine bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen (vgl. Adressenspalte).

OV Dransfeld

Termine bitte bei Ulrich Maschke erfragen (vgl. Adressenspalte).

OV Rosdorf

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

OV Bovenden

Termin bei Oliver Preuß erfragen

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise.
(vgl. Adressenspalte).

Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Kommunalpolitischer Kongress: Rekommunalisierung der Energieversorgung

**Samstag, 5. Juli, 10.30 bis 16.30 Uhr
im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen**

Vor dem Hintergrund der Umwandlung der EON Mitte in die zwar immer noch privatkapitalistisch organisierte, aber ausschließlich im Eigentum verschiedener Kommunen befindlichen EAM, soll diese Umwandlung hinterfragt und erörtert werden wie eine ideale Rekommunalisierung aus der Sicht der LINKEN ablaufen kann.

Referenten stehen noch nicht fest.

Veranstalter: LINKES Kommunalpolitisches Forum Nds. und Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds.

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:
webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik
ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

GÖLINKE. Ratsinfo

Nr. 23
Mai 2014



Editorial Krankheitsbedingt gibt es in dieser Ausgabe des Ratsinfo nur unsere beiden Anträge zur vergangenen Ratssitzung. Das Protokoll der gesamten Sitzung ist in einigen Tagen auf der Homepage der Stadt Göttingen nachzulesen.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Konzept zur Nutzung städtischer Gebäude

Der Rat möge beschließen:

Ein Konzept für Räumlichkeiten für Kulturinitiativen und soziale Gruppen in städtischen Gebäuden zu erstellen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt: Für die Nutzung der Gebäude Bürgerstrasse 13 und 15, das Museum am Ritterplan und ggf. weitere städtische Gebäude ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das insbesondere den angemeldeten Raumbedarf ortsansässiger Kulturinitiativen und sozialer Gruppen mit berücksichtigt. Das Ergebnis sollte im Kultur- Bau und ggf. auch Sozialausschuss vorgestellt und diskutiert werden.
2. Eine mögliche Nutzung für das ehemalige Gefängnis für kulturelle und soziale Zwecke im Sinne des Gemeinwohls sollte bei dem Konzept von vornherein mitbedacht und diskutiert werden.
3. Für das Gebäude der ehemaligen Baptistenkirche wird der Verbleib in Besitz der Stadt Göttingen angestrebt und eine verbindliche Zweckbindung für die Filmkunstfreunde Göttingen beschlossen, um den Betrieb eines Programmkinos zu ermöglichen.
4. Für die Zeit zwischen der Prüfung, Diskussion und Entscheidung eines solchen Konzeptes werden Räumlichkeiten der ehemaligen Voigtschule an antragstellende Kulturgruppen zu einem vertraglichen Mietzins befristet vermietet.

Begründung:

Die Vorgänge um den Verkauf der Gebäude Bürgerstrasse 13 und 15 haben gezeigt, dass es dringend erforderlich ist, klare Nutzungsbedingungen und -kriterien für solch zentrale und wichtige städtische Gebäude zu entwickeln. Dass ein Verkauf nicht unbedingt die optimalste Lösung darstellen muss, belegen die Überlegungen des Oberbürgermeisters, die alte Voigtschule nun doch für städtische Zwecke zu nutzen und auch die Baptistenkirche der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. (...) Die komplette Begründung unter: http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/

Sicherheit für die Mitarbeiter/innen der VHS

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen und tatsächlichen Folgen der Übergang in eine städtische gGmbH für die Mitarbeiter/innen der VHS Göttingen e.V. hat.
2. Der Rat der Stadt Göttingen empfiehlt der VHS Göttingen e.V. den Haustarifvertrag von 2007 wieder in Kraft zu setzen.
3. Ergänzend beschließt der Rat der Stadt Göttingen, bei Überführung des Schulbetriebs vom Verein auf die dann städtische gGmbH, der Gewerkschaft ver.di die Übernahme des Haustarifvertrages der VHS Göttingen e.V. von 2007 für die neue gGmbH anzubieten.
4. Die Verwaltung informiert und beteiligt die Mitarbeiterinnen, bzw. die Mitarbeiterinnenvertretungen, der VHS (e .V. und gGmbH) über die geplanten Veränderungen umfassend und frühzeitig.
5. Die Verwaltung achtet bereits bei der Erarbeitung und Vorlage des Gesellschaftervertrages darauf, dass Mitglieder der Arbeitnehmervertretung stimmberechtigt im Aufsichtsrat vertreten sind.

Begründung:

Die Übertragung des Schulbetriebes der Volkshochschule Göttingen e.V. in eine gemeinnützige städtische GmbH (gGmbH) steht bevor. Dieser Übergang als auch die geplante Fusion dieser dann städtischen gGmbH mit der neuen K-VHS Südniedersachsen gGmbH wirken sich massiv auf die Mitarbeiterinnen der Institutionen aus. In Vorbereitung der Neuordnung der öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung hat der Rat die Gründung der VHS gGmbH durch die Beteiligungsgesellschaft Stadt Göttingen mbH beschlossen. Im Vorfeld der Gründung wurde vereinbart, die rechtlichen, finanziellen und strukturellen Folgen einer Umwandlung des Vereins in eine GmbH in städtischer Trägerschaft untersuchen zu lassen, um gleichzeitig alle Voraussetzungen zur Umsetzung der Neustrukturierung der Volkshochschulen in Göttingen zu schaffen.... Die komplette Begründung unter:

http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Ist Kruse als Göttinger Polizeichef noch tragbar?

Entsetzt zeigte sich der OB-Kandidat der Göttinger Linken, Dr. Eckhard Fascher, von dem brutalen Polizeieinsatz am Morgen des 10. April zur versuchten Durchsetzung einer Abschiebung. Nach übereinstimmenden Zeugenberichten war der Einsatz der „Beweissicherungs- und Festnahmeinheit“ von aggressiver Gewalt und systematischen Körperverletzungen an den Demonstranten geprägt.

Dr. Eckhard Fascher: „Diese Einheit muss so schnell wie möglich aufgelöst werden, gegen die verantwortlichen

Beamten und die Einsatzleitung müssen disziplinar- und strafrechtliche Maßnahmen erfolgen. Innenminister Boris Pistorius wäre gut beraten, auch den Göttinger Polizeichef Robert Kruse zur Rechenschaft zu ziehen.

Abschiebungen sind unmenschlich. (...) Den Ordnungsdezernenten und Mitarbeiter Siegfried Lieske fordere ich auf, eine Dienstanweisung an die Mitarbeiter der Ausländerbehörde zu richten, keine Abschiebungen mehr vorzunehmen.“
ef/pst

► Ehemalige Baptistenkirche muss Kinosaal werden!

Nach dem Scheitern des Verkaufs der ehemaligen Baptistenkirche und der früheren Voigtschule fordern OB-Kandidat Dr. Eckhard Fascher und die Ratsfraktion der Göttinger Linken die Nutzung der Baptistenkirche durch die Filmkunstfreunde sicher zu stellen. Hierzu wird die Ratsfraktion Göttinger Linke einen Antrag in den Stadtrat einbringen.

OB-Kandidat Fascher: „Das Kirchenschiff der ehemaligen Baptistenkirche

muss Kinosaal werden, es ist dafür optimal geeignet. Neben dem Lumiere benötigt eine Stadt wie Göttingen ein zweites nichtkommerzielles Kino. Ich möchte dabei, dass sowohl die alte Voigtschule als auch die ehemalige Baptistenkirche städtisches Eigentum bleiben. Die Stadt kann eine Nutzung durch Kulturinitiativen wie die Filmkunstfreunde besser realisieren als private Investoren.“
ef/pst

► Trinkwasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben!

Mit Sorge sehen alle politischen Parteien die Kündigungspläne von sieben der elf Anteilseigner der Harzwasserwerke. „Zwar gibt es seitens der Stadt Göttingen keine Veräußerungspläne der Anteile, jedoch besteht auch für Göttinger Bürgerinnen und Bürger die Gefahr auf lange Sicht von einem privaten Trinkwasserversorger abhängig zu sein, wenn von

sieben Anteilseignern verkauft wird,“ so Dr. Eckhard Fascher.

Mit dem Verkauf an kommunale Gesellschaften bürdete das Land Niedersachsen beteiligten Kommunen eine weitere finanzielle Verpflichtung auf, die auf Grund der angespannten Finanzsituationen kaum zu bewältigen ist. Sollte in der Gesellschafterversamm-

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Termin: 18. Juni 2014 19.00 Uhr

Ort: Rathaus. Raum 112

Thema: Drohender Verkauf der Harz-Weser-Wasserwerke

lung tatsächlich entschieden werden, dass die sieben Anteilseigner verkaufen, sieht Fascher das Land Niedersachsen in der Pflicht: „Die niedersächsischen Landesregierung kann die Zustimmung zum Verkauf verweigern, oder besser ihr Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen“. Die hohe Qualität des Trinkwassers und bezahlbare Preise können ebenso wie ein ausreichender Hochwasserschutz nur gewährleistet werden, wenn die Harzwasserwerke in öffentlicher Hand bleiben.

„Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist elementar. Hier in Deutschland haben wir das Glück über ausreichend Wasser verfügen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, dass private Investoren nach Gutdünken über diesen Reichtum verfügen! Wasser ist ein Gemeingut und soll es auch bleiben!“, sagte Dr. Fascher abschließend.

ef/pst

DIE LINKE.

► Berliner Parteitag

Zusammenfassung des Parteitags aus subjektiver Sicht einer Delegierten aus Göttingen

Mit dem Blick auf die Tagesordnung enthielt der Berliner Parteitag vom 9. bis 11. Mai in Bezug auf die Änderung der Bundessatzung und der Änderung der Ordnungen einen trockenen Teil. Diese schon im Vorfeld umstrittene Behandlung der seit dem Bundesparteitag in Dresden (2013) aufgeschobenen Abstimmung, wurde in Hinblick auf den nun stattfindenden Zeitpunkt kurz vor der Europawahl als unpassend empfunden.

Jedoch zeigte sich das sich auch in Bezug auf die Abstimmung eine gewisse Brisanz enthalten kann: Der Beschluss Unternehmensspenden kategorisch auszuschließen, fand keine Mehrheit.

Damit ist zumindest im Vergleich zum Erfurter Programm sowie zum Wahlprogramm nicht vereinbar, nicht vereinbar ist dies auch mit dem bislang geschlossenen Auftritt gegen Unternehmensspenden konsequent entgegenzutreten, welches auch bislang innerhalb der Bundestagsfraktion ihren Ausdruck fand in eingebrachten Anträgen solch ein Verbot zu fordern. Wer sich an die Plakate zur Bundestagswahl 2013 erinnert („Wählt DIE LINKE – denn wir lassen uns nicht kaufen“) wird zumindest ein komisches Gefühl in der Magengegend verspüren.

Die Argumente, mit denen für Unternehmensspenden argumentiert wurde, folgten einem Muster, welches man als Einriss in die bislang mehr oder minder praktizierte übereinstimmende Ablehnung bezeichnen könnte – diese in die Ordnung festzuschreiben war ja auch das Ziel des Antrags. Als gegen diese Änderung mit der Annahme von „Würstchen-Spenden“ vom örtlichen Metzger bei Veranstaltungen argumentiert wurde, geriet die doch notwendige Unterscheidung zwischen Privatperson und Kleinunternehmer aus den Blick.

Neben weiteren Anträgen sind die Abstimmung über die Zusammenschlüsse noch besonders hervorzuheben: Diese Anträge fanden alle keine Mehrheiten. Zustimmung fand indes ein Antrag der die Aufforderung an die Bundestagsfraktion

bis Ende diesen Jahres eine quotierte Doppelspitze zu wählen.

Am darauf folgenden Tag, standen nun diverse Wahlen im Mittelpunkt: Gewählt wurden der Parteivorstand, der stellvertretende Parteivorstand, der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, sowie der erweiterter Parteivorstand.

Wahl des Parteivorstands

Katja Kipping wurde mit 77% wiedergewählt (404 Ja, 37 Nein 36 Enthaltungen), Bernd Riexinger mit 89 % der Stimmen (470 Ja, 37 Nein, 16 Enthaltungen).

Dass in einem nachbereitenden Bericht der AKL die Wiederwahl mit einer „gewissen Autorität“ begründet wurde, die sich die beiden Parteivorsitzenden erarbeitet hätten, ist zumindest fragwürdig auch in Hinblick darauf, dass sich vorher in den Bericht auf die Wahl des gesamten Parteivorstandes für eine „Demokratisierung“ ausgesprochen wurde. Sprache kann verräterisch sein, lieber Bundessprecher_innen-Rat der AKL, nicht wahr?

Weiter wurden gewählt, der stellvertretende Parteivorstand (Frauenliste):

Gewählt wurden **Caren Lay** mit 290 Ja, 143 Nein und 89 Enthaltungen (55 %) und **Janine Wissler** mit 436 Ja bei 51 Nein und 37 Enthaltungen (83 %)

Zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden traten **Tobias Pflüger** und **Axel Troost** sowie **Dominic Heilig** an; gewählt wurden Tobias Pflüger mit 284 Stimmen (54 %) und Axel Troost mit 289 Stimmen (55 %). Auf Dominic Heilig entfielen 254 Stimmen (49 %).

Bundesschatzmeister

Zur Wahl des Bundesschatzmeisters stellte sich neben **Raju Sharma** der diese Tätigkeit bisher ausübte, **Thomas Nord**. Bei dieser Wahl passierte etwas was wohl viele Delegierte sprachlos machte: Die kurz vorher gewählten Parteivorsitzenden stellten sich gemeinsam ans Mikro um eine Fürsprache für die Gegenkandidatur zu halten. Dies wurde lediglich mit dem gegenseitigen Vertrauen begründet, kein Wort wurde über die eigentliche Tätigkeit des Schatzmeisters verloren. Im ersten

Wahlgang erreichte keiner die absolute Mehrheit. **Thomas Nord** wurde dann im zweiten Wahlgang mit 273 Stimmen gewählt (53%) auf **Raju Sharma** entfielen 228 Stimmen (44 %)

Inzwischen wurde von R. Sharma ein offener Brief formuliert:

<https://www.facebook.com/groups/51228538894/permalink/10152368280868895/>

Ob es von den Parteivorsitzenden eine Klärung der Hintergründe geben wird ist unklar, wäre jedoch für eine gewisse Transparenz notwendig.

Zum Bundesgeschäftsführer kandidierte **Matthias Höhn** der 77 Prozent wiedergewählt wurde (391 Ja Stimmen, 92 Neinstimmen und 27 Enthaltungen)

Am Abend nach Beendigung der Wahl der Frauenliste des erweiterten Parteivorstands kam die Frage auf, wie nun weiter verfahren werden soll: Die Wahl der gemischten Liste sollte erst am nächsten Tag begonnen werden, da diese über 34 Bewerbungen enthielt, denn der Fairness halber sollte keine Unterbrechung von Vorstellung und Wahlgang dazwischen liegen. Aufgrund der knappen Zeit wurde von der Tagesleitung der Vorschlag eingebracht eine Stunde früher zu beginnen welches jedoch nicht goutiert wurde, Bei der Abstimmung über einen Gegenvorschlag die für den letzten Tag angesetzte Diskussion über Modelle eines emanzipatorischen Grundeinkommens auszusetzen, fiel die Entscheidung zuungunsten der der letzteren aus: die Debatte soll nun entweder am nächsten Parteitag erfolgen, oder extra auf einem eigenen Kongress behandelt werden.

Der letzte Tag

Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes – gemischte Liste

Nebenbei bemerkt sind nun in dem neu gewählten PV keine mehr aus Niedersachsen vertreten

Manfred Sohn und **Jutta Meyer-Siebert** die für den erweiterten Vorstand kandidierten wurden nicht gewählt.

Die gewählten Kandidat_innen finden sich unter folgendem Link:

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/wahl-des-parteivorstandes/>

Eine Übersicht zu den gefassten Beschlüssen u.a. findet sich auf der Homepage:

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/>

Außerdem sind die meisten der gehaltenen Reden auf dem youtube – Kanal zu finden.

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

▶ Mit unserer Stimme gestalten wir unser Schicksal

Rede von Alexis Tsipras auf dem Berliner Parteitag (gekürzt)

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde! Ein paar Tage bleiben noch bis zur wichtigsten Wahl in der Geschichte der Europäischen Union. Diese Wahlen sind nicht die der neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Wir stimmen ab über neue Machtverhältnisse in einem Europa, das an einem Scheideweg steht. Wir geben unsere Stimme für den Stopp der zerstörerischen Sparpolitik. Wir geben unsere Stimme, um die Demokratie zurückzugewinnen. Wir stimmen für unser Leben. Wir geben unsere Stimme, um diese „Mauer aus Geld“ abzureißen. Und um das Nord-Süd-Gefälle zu überwinden. Diese Teilung zerstört die europäische Idee, zerstört Europa. Die Frage ist klar: Für ein Europa der Völker oder ein Europa der Bankiers? Für eine Sparpolitik, die Europa tötet oder für Demokratie und Solidarität, die Europa vereint? Für die Europäische Linke oder für Frau Merkel? Und die Antwort ist klar: Vorwärts mit der Europäischen Linken. Mit der LINKEN und SYRIZA.

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ich bringe euch die Botschaft der Hoffnung (...). Ich bringe euch den Optimismus und die Erwartungen der einfachen Bürger Europas. Sie sind überzeugt, dass die Linke die angenehme Überraschung der Europawahlen sein wird. Das können wir, das müssen wir, das wollen wir sein. Weil die Zeit gekommen ist. Die Zeit der Demokratie. (...) Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit für ihre Würde und die Europäische Linke zu stimmen. (...) Die Bürger sind optimistisch, dass wir die Sparmauer abreißen werden, die von den drei Musketieren der Austerität gebaut wurde: von den Konservativen, den Liberalen und den Sozialdemokraten. Am 25. Mai stimmen wir nicht über die Dosierung von Sparmaßnahmen ab. Wir stimmen für die sofortige Kündigung. (...)

Ich bin zuversichtlich, dass wir ein Keil im neoliberalen Konsens werden. (...) Die Europäische Linke wird eine führende Rolle bei der Entwicklung Europas spielen. (...) Diejenigen, die den politischen Wandel in Europa wollen, müssen für die Europäische Linke stimmen. Aber vor allem müssen die ersten Opfer dieser Krise zur Wahlurne

gehen. Die jungen Menschen, die Frauen und die Arbeitslosen müssen Pioniere des Wandels in Europa werden. In ein paar Tagen haben wir eine Chance, die nur einmal in jeder Generation auftritt. Für ein besseres Europa. Diese Chance müssen wir nutzen. (...) Jetzt muss Europa nach links abbiegen. Denn diejenigen, die jetzt gegen den rechten Euroskeptizismus, Nationalismus und Neonazismus wettern, haben selbst den Weg dafür geebnet, durch die barbarischen Maßnahmen der Sparpolitik. Und das einzige Gegengewicht zum Alptraum der extremen Rechten und der Wiederbelebung des Gespenstes des Faschismus in Europa sind wir, die Europäische Linke. Es ist absolut inakzeptabel, dass es direkt im Herzen Europas, Regierungen mit der Teilnahme von Neonazi-Elementen gibt, wie in der Ukraine. Europa sollte den sofortigen Rückzug aller faschistischen Elemente, auf allen Ebenen der Regierung verlangen, als Voraussetzung für den Frieden.

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, (...) das neoliberale europäische Establishment, Merkel und ihre politischen Verbündeten verwendeten die Krise, um die politische Nachkriegsordnung der Wirtschaft Europas neu zu bauen. (...) Mit Hilfe von Mythen und Populismus. Am Anfang sagten sie, die Griechen sind faul, darum sind sie bankrott. Aber als die Krise tiefer wurde, wagten sie nicht es zu wiederholen. Sie sagten auch, dass Griechenland mit dem Geld der Steuerzahler Nordeuropas gerettet wurde. Aber sie haben wieder gelogen. Mit eurem Geld haben sie die europäischen Banken gerettet. Darum haben sie die Staatsschulden Griechenlands nicht umstrukturiert. Das heißt, mit eurem eigenen Geld habt ihr die europäischen Banken und die neoliberalen Regierungen Europas gerettet. Von den an Griechenland ausgezahlten Darlehen gehen nur 1,6 % an den Staatshaushalt (...). Und nur, wenn die selbstzerstörerischen Voraussetzungen des Memorandums erfüllt werden. Das Geld fließt sofort in ein spezielles, geschlossenes Konto für die Rückzahlung früherer Darlehen. Das ist die Realität. Und damit dies geschehen kann, ist Griechenland zum siebten Mal in Folge in die Rezession gestürzt. Denn im

Gegensatz zu den Aussagen der Komplizen, die von einer Erfolgsgeschichte reden, ist nichts gerettet. (...)

Jeder vernünftige Mensch, der einfache Bundesbürger, der einfache niederländische Bürger, finnische Bürger (...), muss sich fragen: Würde man in ihren Ländern eine Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent tolerieren? Eine beispiellose humanitäre Krise für ein europäisches Land in Zeiten des Friedens? Kleine Kinder, die in der Schule ohnmächtig vor Hunger werden? Mittelständische Unternehmer, die wegen der Schulden Selbstmord begehen? Rentner, die kein Geld haben, um ihre Medikamente zu kaufen? Gibt es ein europäisches Land, deren Bürger solche Lebensbedingungen tolerieren würden? Würdet ihr diese Geschichte als «success story» beschreiben? Die Befürworter der Sparmaßnahmen sprechen von einer Erfolgsgeschichte. (...) Sie sprechen über Erfolge, um die Sparmaßnahmen fortzusetzen. Sie versprechen, die moderne griechische Tragödie sofort zu beenden. Und sie wird sofort beendet. Weil ich Euch versichern kann, dass SYRIZA einen großen Sieg am 25. Mai erreichen wird. Einen Sieg, der das Ende der Regierung Samaras bedeutet und den Anfang vom Ende der Sparpolitik in Europa. (...) Bald wird es die Bundeskanzlerin mit einer linken Regierung in Griechenland zu tun haben. Einer Regierung, (...) die auch für eure Interessen verhandeln wird. Unser Streit mit Frau Merkel hat keinen nationalen Charakter, es ist ein politischer und sozialer Streit. Die beste Botschaft für die Arbeiter im Norden wird das Ende der Sparmaßnahmen im Süden sein. (...)

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass alle Blicke noch einmal nach Griechenland gerichtet sind. Aber dieses Mal mit Freude und mit Optimismus. Aus Griechenland begann der Teufelskreis von Austerität und sozialer Verzweigung. Aus Griechenland wird nun die Veränderung beginnen. Aber ihr müsst wissen: Wir, SYRIZA, rechnen vor allem mit der Solidarität des deutschen Volkes, mit eurer Unterstützung, liebe Genossinnen und Genossen der LINKEN! An diesem Punkt möchte ich mich im Namen des griechischen Volkes und SYRIZAs bei euch bedanken. (...) Wir, SYRIZA, DIE LINKE und die Partei der Europäischen Linken können und müssen Botschafter für eine neue Einheit zwischen Griechen und Deutschen werden. Zwischen allen Völkern Europas. (...)

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, dieser Mai ist der Mai Europas. Dieser Mai ist der Mai der jungen Menschen, der Frauen, der Arbeitslosen, der Arbeitswelt und der Kultur. Dieser Mai ist unser. Wir werden die angenehme Überraschung dieser Wahl sein. Mit unserer Stimme gestalten wir unser Schicksal. Wir halten unser Leben in unseren Händen. Wir werden es schaffen!

Stoppt den Krieg in Europa! Frieden für die Menschen!

Merkel, Obama, Putin: Hände weg von der Ukraine! Schluss mit der Unterstützung des Regimes in Kiew!

Die Menschen in der Ukraine sind Opfer der Großmachtpolitik der USA, der EU und Russlands. Im Kampf um Einfluss-sphären, Absatzmärkte und geostrategische Positionen wird die Ukraine zerrieben und wurden rechts-nationalistische Kräfte gestärkt, die das Land jetzt an den Rand eines Bürgerkriegs entlang ethnischer Linien gebracht haben.

DIE LINKE und die Linksjugend Göttingen stehen weder auf Seiten von Obama und Merkel noch auf Seiten Putins. Wir unterstützen weder den ehemaligen Präsidenten Janukowitsch noch die neuen Machthaber in Kiew. Wir stehen auf Seiten der einfachen Bevölkerung in der Ukraine, die sich nach Frieden, Demokratie und sozialen Rechten sehnt – unabhängig von ihrer Sprache oder Nationalität. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Sprache oder Religionszugehörigkeit und stehen für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.

Am 2. Mai haben rechtsextreme Schlägerbanden in Odessa ein Gewerkschaftshaus angezündet. Über 40 Menschen sind dabei umgekommen. In der neuen Kiewer Regierung sind die Faschisten der Swoboda-Partei vertreten, die zu diesen Mördern direkte Verbindungen unterhalten. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung das neue Regime in Kiew – das auf die „eigene„ Bevölkerung schießen lässt – unterstützt. DIE LINKE und die Linksjugend Göttingen fordern die sofortige Beendigung jeglicher Beziehungen mit der Kiewer Regierung, solange Faschisten Teil von ihr sind.

Die Ukraine zeigt, wozu die Macht der Banken, Konzerne und Oligarchen in Zeiten der Krise des kapitalistischen Systems führt. Wir können nicht von den Vertretern dieses auf Konkurrenz und Profitgier basierenden Systems eine Lösung für den Frieden erwarten.

Deshalb unterstützen DIE LINKE und Linksjugend Göttingen alle Ansätze zum Aufbau einer Antikriegsbewegung, antifaschistische Strukturen, Gewerkschaften und demokratisch-sozialistische Kräfte in der Ukraine und Russland. Und wir kämpfen in Deutschland und der EU gegen Krieg und wirtschaftliche Expansionspolitik.

DIE LINKE. ist die einzige Anti-Kriegs-Partei im Bundestag!

Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Für ein Verbot von Rüstungsexporten!

Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demo- kratischer Kontrolle und Verwaltung und Umstellung auf zivile Produktion!

Sabine Lösing wieder ins Europaparlament!

Deshalb: am 25. Mai DIE LINKE. wählen und selbst aktiv werden!



DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

Ambulante Pflege heute:

▶ Auf dem Rücken der Beschäftigten zu einer immer schlechteren Pflege

Die Pflegedienste – sowohl die gemeinnützigen genauso wie die privaten – kommen nur noch über die Runden, wenn sie entweder die Arbeitszeit verdichten, weniger Zeit bei den zu Pflegenden verbringen oder den Lohn senken. Dies belegt eine Expertise des Paritätischen, wonach die Vergütungen um rd. 48 % zu niedrig lägen.

Christian Bönisch, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen: *„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen ihre eigentliche Arbeit in der Hälfte der ursprünglich veranschlagten Zeit erledigen. Dass das nur Stress und Hektik sowohl für die Pflegedienste als auch für die von ihnen betreuten Menschen verursacht, ist die logische Konsequenz.“*

Der Paritätische fordert daher konsequenterweise deutlich höhere Vergütungen für die ambulanten Pflegedienste. Damit Mehrkosten nicht auf die Pflegebedürftigen abgewälzt werden, seien ferner auch höhere Leistungen in der Pflegeversicherung notwendig. Der Paritätische Gesamtverband spricht von Mehrkosten in Höhe von rund einer Milliarde Euro jährlich.

„Es sind die Löhne für die Beschäftigten auf der einen Seite und die Zeit für Pflege und Zuwendung auf der anderen Seite, die auf der Strecke geblieben sind“, so Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Verlogen wird diese Diskussion, wenn sich – wie erst vor wenigen Wochen passiert – auch Gernot Kiefer, Vorstand des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), für eine deutlich bessere Bezahlung von Pflegekräften einsetzt. *„Sie (die Kassen) haben sich seit Jahren gegen Vergütungserhöhungen gesträubt und verdrehen jetzt die Tatsachen, indem sie öffentlich bessere Bezahlungen fordern – denen sie sich seit Jahren verweigern!“* kritisiert Christian Boenisch.

Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Pflege können ein Lied davon singen: Durch neue Anforderungen an die Qualifikation sowie die Dokumentation der Leistungen sind die Kosten massiv gestiegen. Allein der Bürokratieaufwand sei seit 1998 um 16 bis 24 Prozent an-

gestiegen, so das Ergebnis der Expertise des Paritätischen. Daneben stehen die Fragen nach angemessenen Gehältern und der Berücksichtigung steigender Betriebskosten wie Benzin für die Einsatzfahrzeuge etc.

Hierbei wird auch noch außer acht gelassen, dass in der Regel die KollegInnen in der ambulanten Pflege eben keinen Tariflohn erhalten bzw. teilweise Haustarife die noch unter dem gewerkschaftlich vereinbarten Niveau liegen wie beispielsweise bei den Kriichen.

Für die Patienten bedeutet die chronische Unterfinanzierung eine „Pflege im Minutentakt“: Um angesichts der aktuellen Vergütung keine Verluste zu machen und letztlich in den Konkurs zu gehen, müsse ein Pflegedienst heute beispielsweise die sogenannte „große Morgentoilette“ (Unterstützung beim Verlassen des Bettes, dem An- und Auskleiden, dem Duschen und Frisieren) in weniger als einer halben Stunde erledigen, für die Reinigung der Wohnung dürfe eine Pflegekraft maximal 6 Minuten aufwenden, für die Hilfe beim

Essen und Trinken nur noch eine viertel Stunde.

Verarscht werden die KollegInnen, die i.d.R. einfach nicht mehr Zeit bezahlt bekommen, auch wenn sie die Reinigung der Wohnung natürlich nicht in 6 Minuten schaffen. Sprechen mit den PartientInnen, ein Eingehen auf deren individuelle Wünsche kommt hier nicht mehr vor!

Der Paritätische fordert die Bundesregierung auf, von der geplanten Einrichtung eines Vorsorgefonds in der Pflege Abstand zu nehmen und stattdessen die rund eine Milliarde Euro jährlich in die Aufwertung der Tätigkeit von Pflegediensten zu investieren. Aber damit verbunden fordert der Verband neben der Erhöhung der Vergütungen eine Erhöhung der Sachleistungsbeträge der ambulanten Pflege, damit Mehrkosten nicht an den Pflegebedürftigen hängen bleiben.

So richtig diese Forderung ist, muss jedoch der Argumentation des Paritätischen hinzugefügt werden, dass eine mögliche Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge nicht allein zu Lasten der Netto-Bezüge eine/r ArbeitnehmerIn gehen darf sondern auch der sog. Arbeitgeberanteil, der sich eben nicht auf das Nettoentgelt auswirkt, erhöht werden muss.

„Die Pflege braucht wieder einen Kompass und der heißt Menschenwürde. Die soziale Pflegeversicherung hat sicherzustellen, dass jeder Mensch eine Pflege erhält, die der Würde des Menschen entspricht“, fordert Werner Hesse vom Paritätischen Gesamtverband. Recht hat er! (gusi)

10 Tage vor der Europawahl (Redaktionsschluss der Göttinger Blätter):

▶ Ein Ergebnis steht schon fest – Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen im Europaparlament wird wohl nicht zunehmen!

Z.Zt. (vor der Wahl) gibt es einen Menschen mit einer Behinderung um EU-Parlament. Der Autor dieser Zeilen hat keine Ahnung, ob dieser eine Chance zur Wiederwahl hat, ist sich aber sicher, dass es hier keine quantitative Veränderung geben wird, da es keine entsprechenden KandidInnen gibt.

Martin Schulz, EU-Ratspräsident und SPD'ler, sagt einerseits, dass möglicherweise ein Quotierung helfen könne, relativiert dies dann aber indem er fragt, wer denn eigentlich alles eine solche Quote erhalten solle. Da stehen dann wir, die wir für die Inklusion einstehen, ziemlich ratlos da: Auch auf „unseren“ Listen gibt es da keine KandidInnen! (gusi)